

Tagesordnung I Punkt 7 der öffentlichen Sitzung am 14. Februar 2008

Antrags-Nr. 08-F-25-0014

Wiesbaden im Städteranking

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 30.01.2008 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden stellt fest, daß die Stadt in den Städterankings der Wirtschaftswoche und der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) in Bezug auf die Ausbildungsplatzsituation, die Wirtschaftsfreundlichkeit und die haushaltspolitische Lage nur mittelmäßig abschneidet.

Die dem Städteranking zugrundegelegten Daten unterscheiden sich jedoch deutlich von den veröffentlichten Erklärungen des Oberbürgermeisters, des Magistrats und der Fachverwaltung der Stadt Wiesbaden.

Im Interesse der Stadt und ihrer Bürger muß besonderer Wert darauf gelegt werden, daß Wiesbaden in den Medien möglichst attraktiv dargestellt wird, damit gerade Wirtschaftsunternehmen ihre Standortentscheidungen zugunsten von Wiesbaden treffen - und so zusätzliche Arbeitsplätze, Ausbildungsplätze und Steuereinnahmen erreicht werden.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert daher den Magistrat auf, die Ursachen für die nach seiner Ansicht falsche Datengrundlage des Städterankings bei der Wirtschaftswoche und der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft zu analysieren und auf eine entsprechende Korrektur hinzuwirken.

Beschluss Nr. 0073

Der gemeinsame Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis90/DIE GRÜNEN und FDP vom 30.01.2008 betr.

Wiesbaden im Städteranking

wird angenommen.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2008

Thiels

Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .02.2008

1. Dezernat III
mit der Bitte um weitere Veranlassung

2. Abdruck:
Dezernat I
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister